

Schwarzwälder Tageszeitung

Geegründet
1877

„Aus den Tannen“

Fernsprecher
Nr. 11

Amtsblatt für den Bezirk Nagold und für Altensteig-Stadt. Allgemeiner Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw und Freudenstadt

Abonnementpreis: Halbes Jahr 140 Mark, ein Jahr 280 Mark, ein Vierteljahr 70 Mark. Einzelverkauf: 50 Pf. (Sonntags 60 Pf.)

Nr. 156.

Altensteig, Donnerstag den 2. November.

Jahrgang 1922

Entscheidungsvolle Tage.

Der Aufrast in Berlin.

In Berlin jagten sich die Konferenzen der Regierungen mit Behörden, Politikern, Finanzleuten und nun mit der Reparationskommission. Die schleichende innere Krise ist angesichts der großen Entscheidungen, die die Verhandlungen mit der Reparationskommission vorbereiten sollen, zurückgestellt worden. Bei all diesen Beratungen dreht es sich um die deutsche Wirtschaft, die deutsche Finanzkraft und um die Besserung der deutschen Währung. Ueber die Beratungen der Reparationskommission wird in den nächsten Tagen nichts Zuverlässiges zu erfahren sein; denn sie werden geheim geführt.

Das Wort: „Erst Brot, dann Reparationen“, das sich in Reden und Interviews ja ganz gut anhört, muß als Motto vor die Reparationskonferenz gesetzt werden, und zwar mit einer in aller Form offiziellen Erklärung der Reichsregierung, wie dies Reichskanzler Dr. Brüning am Dienstag beim Empfang der Reparationskommission getan hat. Wir haben im Etat keine Mittel mehr für Reparationen. Wir können nicht zahlen, und wir müssen diese Unmöglichkeit den Gegnern immer wieder sagen. Aber selbst wenn man uns die Zahlungen stundet und selbst wenn wir Wechsel auf Wechsel austauschen, die Zahlungsmittel allein müssen uns ruinieren. Sie und die Kosten für die alliierten Kommissionen verschlingen mit 48 Milliarden Papiermark monatlich fast die ganzen Einnahmen des Reiches! Die großen Monatsbeträge von 150 und 160 Millionen Goldmark sind bekanntlich durch das Rentenabkommen für 18 Monate gestundet, soweit sie das Jahr 1922 betreffen. Für 1923 sind neue Forderungen der Entente zu erwarten. Diese Verpflichtungen gehen zusammengekommen über unsere Wirtschaftskraft und Steuerkraft hinaus. Sie müssen verringert werden, wenn Deutschland nicht zusammenbrechen soll.

Die schwebende Schuld des Reiches betrug Ende September 528 Milliarden Mark; dazu kommen die Schulden der Länder und Gemeinden. Papiergeld-Milliarden liegen im Ausland und drücken durch Abklopfung weiter auf die Mark; der sauer erarbeitete Verdienst gerät dem Deutschen mit dem Marksturz buchstäblich zwischen den Fingern. Es ist begreiflich, daß sich die politische Spannung auf die Beratungen der nächsten Tage konzentriert. Barthous Forderungen werfen einer Seite voraus, der die Hoffnungen stark verdunkelt. Der Aufrast gab die Forderung der Reparationskommission auf monatlich 200 000 Tonnen Kohle Mehrlieferung, gab die Willkür, mit der die Interalliierte Rheinlandkommission deutsches Recht gebrochen hat. Das ist ein schlimmes Vorzeichen.

In dieser Richtung liegt auch der angebliche Plan der Reparationskommission, wie ihn das „Journal“ veröffentlichte mit einer raffiniert ausgearbeiteten Finanzkontrolle. Die französische Presse hat unerbittlich in den letzten Tagen die üblichen Drohungen mit „Pändern“ und der Besetzung des Ruhrgebiets ausgedehnt. Wenn es auch das bekannte Geschrei des gallischen Siegers ist, so erweckt es dennoch Bedenken, daß auch der englische Vertreter Braburn sich dahin ausspricht, daß nicht eine neue Politik, sondern eine neue Arbeitsweise Platz greifen soll. Man will verhandeln mit der Reichsregierung. Aber alles Verhandeln wird insofern zwecklos sein, als nicht eine Herabsetzung der Reparationsforderungen erzielt wird, wodurch die Möglichkeit zu einer äußeren Anleihe und zu einer Festigung des Marktes geschaffen wird. Die Entscheidung über den guten Willen der Reparationskommission, Deutschland in dieser Richtung zu helfen, muß in Berlin fallen.

Ueber die Begründung der Reparationskommission und die Aufnahme der Verhandlungen wird folgendes berichtet:

Die Wiederherstellungskommission wurde am Dienstag mittag 12 Uhr vom Reichskanzler in Gegenwart der an den kommenden Verhandlungen beteiligten Staatssekretäre empfangen. Der Reichskanzler begrüßte die Wiederherstellungskommission, insbesondere den neuernannten Vorsitzenden, Louis Barthou, dem es vergeblich sein möge, sein Amt erfolgreich für die in der Wiederherstellungskommission vertretenen Völker und für Deutschland zu führen und Voraussetzungen zu schaffen, die für jede künftige wirtschaftliche und kulturelle Zusam-

menarbeit der europäischen Völker und damit auch der Nationen der Welt notwendig seien. Er begrüßte den Entschluß, Gläubiger und Schuldner zusammenzuführen, um einen Ausweg zu finden. Er und seine Mitarbeiter stellten sich mit voller Offenheit und Aufrichtigkeit der Aussprache zur Verfügung. Der Reichskanzler wies sodann auf die Veränderungen hin, die in der Lage Deutschlands seit dem letzten Besuche des Garantieausschusses im Juli eingetreten sind und belegte diese Veränderung mit vergleichenden Zahlen der deutschen Währung und der deutschen Großhandelspreise. Das deutsche Volk, dem es an den notwendigsten Nahrungsmitteln und an Kohlen fehle, sehe vor einem furchtbaren Winter des Hungers und der Kälte. Die bisherigen Verluste, aus der kranken deutschen Wirtschaft möglichst große Leistungen herauszuholen, befriedigten weder Gläubiger noch Schuldner. Das richtige sei, erst die kranke Wirtschaft zu heilen. Nur dann bestehe Aussicht, Leistungen aufzubringen. Deshalb sei die Befestigung der Währung die Kernfrage der Aufgabe. Die Befestigung der Währung werde von selbst das Gleichgewicht in den deutschen Staatsfinanzen herbeiführen. Er begrüßte die Mitteilung der Wiederherstellungskommission, daß der Gegenstand der Berliner Verhandlungen die Befestigung der Mark und der Ausgleich des Haushalts sein solle. Die Hauptaufgabe sei, schnell zu praktischen Vorschlägen zu kommen und sie mit raschem Entschluß durchzuführen. Nur eine schnelle Handlung könne die Lage retten und die Leistungsfähigkeit wieder herstellen.

Auf die Ansprache des Reichskanzlers legte der Vorsitzende der Wiederherstellungskommission, Barthou, die Gründe dar, die die Wiederherstellungskommission veranlaßt habe, sofort mit der deutschen Regierung in Verbindung zu treten. In den Worten des Reichskanzlers liege ein Zeugnis und ein Programm. Die Wiederherstellungskommission schätze beide um so höher, als sie von der durch ihre amtliche Stellung am meisten geeigneten Persönlichkeit herrühren. Was das Zeugnis anlangt, das der Reichskanzler über die Lage Deutschlands ablegte, so nehme die Wiederherstellungskommission es zur Kenntnis, ohne es für den Augenblick zu erörtern. Es werde das erste Blatt der Altenteil sein, das sie zusammenstellen werde. Was das Programm anlangt, so habe der Reichskanzler eher Fragen aufgeworfen als Lösungen gewiesen. Diese Fragen seien indes durchaus diejenigen, die in das Gebiet der Wiederherstellungskommission fielen. Die Befestigung der Mark sei die erste Frage, deren Verbindung mit dem Gleichgewicht des Haushalts niemand bestreite. Die Wiederherstellungskommission danke dem Kanzler für das Versprechen, an den Verhandlungen mit voller Offenheit und Ehrlichkeit mitzuarbeiten. Es handle sich darum, möglichst schnell das Ziel zu erreichen, das gemeinsam ins Auge gefaßt worden sei. Die Wiederherstellungskommission hoffe, in allen Dienststellen, die an den Verhandlungen teilnehmen werden, jenen guten Willen anzutreffen, von dem der Kanzler gesprochen habe. Die Wiederherstellungskommission sei hierhergekommen, um einen kranken Körper zu behandeln, um einen Ausbruch des Kauzlers zu gebrauchen. Es sei daher notwendig, daß sie die ganze Ausdehnung und alle Anzeichen der Krankheit kennen lernen. Der Augenblick sei gekommen, ohne Umschweife zu sprechen und an die Arbeit zu gehen. An diesem Nachmittag heiße daher die Losung: Arbeiten wir! — Es wurde beschlossen, die Verhandlungen sofort zu beginnen.

Deutsche Notgemeinschaft.

Reich, Länder und Gemeinden haben aus dem Gefühl der Verpflichtung heraus große Summen zur Linderung der Not aufgebracht, aber es ist angesichts der Größe der Not zu wenig, und die Mittel der öffentlichen Hand sind zu beschränkt. So bleibt nur der ein Weg, das ganze Volk zur Hilfe in der Not aufzurufen, an den Gemeinschaftssinn des Deutschen sich zu wenden, der noch nie verlagte, wo es sich um eine große, edle Aufgabe gehandelt hat. Eine „Deutsche Notgemeinschaft“, die alle Kreise des deutschen Volkes umfassen soll, ist deshalb in Berlin ins Leben getreten. Die Regierungen der deutschen Länder, die deutschen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände, die gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen, Städte und Gemeinden, Industrie, Handel, öffentliche und private Wohlfahrtsämter haben sich in

gemeinschaftlichen Besprechungen unter dem Vorsitz des Reichsarbeitsministers Dr. Brauns zu dem großen Beal zusammengefunden.

Ueber die Ziele der „Deutschen Notgemeinschaft“ unterrichtet ein vom Reichspräsidenten, dem Reichsarbeitsminister und allen wirtschaftlichen, kommunalen und charitativen Spitzenverbänden unterzeichneter

Aufruf!

„Ins Unermessliche wächst die Not in deutschen Ländern. Vermögen und Renten, Geld, Gehalt und Lohn verlieren unausgesetzt an Wert. Ein schwerer Winter steht uns bevor. Eine Teuerungswelle von nie geahntem Ausmaß überflutet verheerend das gesamte Deutschland, und alles leidet unjählich schwer unter der allgemeinen Not. Alle Gegenstände des täglichen Bedarfs sind sprunghaft im Preise gestiegen, Heizung und Licht sind nahezu unerträglich geworden, an Beschaffung von Wäsche und Kleidung können viele kaum noch denken. Schwer leiden darunter sogar die in Lohn und Brot Stehenden. Unvergleichlich schwerer aber lastet die Not auf tausenden deutscher Volksgenossen, insbesondere Alten, Invaliden, Witwen, die ehemals reichlich und redlich geschaff haben und heute, ein Opfer ihrer Arbeitsunfähigkeit, nicht wissen, wie sie ein Dasein bestreiten sollen, das kaum noch als Leben anzusprechen ist.

Reich, Länder und Gemeinden haben Milliarden für die Notleidenden in Deutschland aufgewandt und werden das auch weiterhin bis zur Grenze ihrer Leistungsfähigkeit tun. Aber die Not ist zu groß, die öffentlichen Mittel allein reichen nicht aus. Hunderttausende bleiben trotz allem auf weitere Unterstützung angewiesen. Den Bedürftigsten unter ihnen zu helfen, rufen wir das deutsche Volk auf. Deutsche Not soll deutschen Gemeinschaftssinn wecken und in der „Deutschen Notgemeinschaft“ soll er sich wirksam betätigen. Der deutsche Arbeitnehmer wird seine erwerbsunfähigen Arbeitsgenossen, der deutsche Arbeitgeber seine ehemaligen Arbeitshelfer und ihre Hinterbliebenen nicht vergessen! Mag in Arbeitgeber- und Arbeitnehmerchaft heute mancher selbst sehr schwer unter der Not der Zeit leiden, er wird und kann nicht übersehen, daß Tausende neben ihm leben, gegenüber deren Dasein das seine noch glänzend ist. Landwirtschaft, Industrie, Handel und Gewerbe, Arbeitgeber und Arbeitnehmer mögen sich in Einmütigkeit zusammenschließen, um das Hilfswerk zu fördern.

Große Mittel sind erforderlich, um wenigstens der dringlichsten Not zu steuern. Darum gebt rasch und geht reichlich! Jede Art der Hilfe — Geld, Lebensmittel, Gegenstände des täglichen Bedarfs — ist willkommen! Ihr, die ihr noch schaffen und erwerben könnt, gebt jener, die dem Elend preisgegeben sind!

Gegen die Kapitalflucht.

Der Finanzpolitische Ausschuss des Reichswirtschaftsrates stimmte in seiner Sitzung vom 20. Oktober einem Gesetzentwurf zu, der eine Verlängerung des Gesetzes gegen die Kapitalflucht bis zum 31. Dezember 1924 vorsieht. In der Erkenntnis, daß die bisherigen Maßnahmen gegen die Kapitalflucht, die auf die Besserung der deutschen Währungsverhältnisse hinielen, in ihrer Wirksamkeit bei weitem nicht ausreichen, hat sich ein Ausbau der bestehenden Vorschriften und eine Verschärfung der Strafbestimmungen als notwendig erwiesen.

Nach den bisher geltenden Vorschriften müssen sämtliche Vorgänge, durch die bewegliches Kapital ins Ausland gelangt, zur Kenntnis der Steuerbehörde gebracht werden. Der neue Gesetzentwurf sieht demgegenüber die vorherige Genehmigung des Finanzamtes für die Ausfuhr von Kapital vor. Nach § 1 des Entwurfes dürfen Banken Aufträge, wie sie im § 2, Abs. 1 des Gesetzes gegen die Kapitalflucht näher bezeichnet sind, nur ausführen, wenn die von dem Auftraggeber einzureichende Erklärung mit einem Genehmigungsbemerk des für den Auftraggeber zuständigen Finanzamtes versehen ist. Ausgenommen von diesem Genehmigungszwang sind Aufträge von solchen Personen und Personenvereinigungen, denen die zuständige Handelskammer eine Bescheinigung darüber ausgestellt hat, daß ihr Gewerbebetrieb regelmäßig Geschäfte mit sich bringt, zu deren Abwicklung Zahlungen nach dem Auslande notwendig sind. Der neue Gesetzentwurf bedroht eine Umgehung der Bestimmungen mit harten Strafen. Bei Zuwiderhandlungen gegen § 1 des Entwurfs sind Gefängnis bis zu 2 Jahren, Geldstrafen bis zu 2 Millionen Mark, Verlust der bürocratischen



Ehrenrechte sowie Beschlagnahme der verschiedenen Vermögenswerte vorgehen. Inhaber, Vertreter und Bevollmächtigte von Bankgeschäften, die gegenwärtige Transaktionen vornehmen, sollen mit Geldstrafen bis zu 100 000 M. bestraft werden.

Von besonderer Bedeutung sind die Maßnahmen zur Bekämpfung der indirekten Kapitalflucht, d. h. wenn der Gegenwert der exportierten Ware adfaktlich und ohne wirtschaftliche Notwendigkeit im Ausland belassen wird. Es wird nicht immer leicht sein, zwischen der volkswirtschaftlichen Notwendigkeit, Guthaben im Ausland zu unterhalten, und zwischen der Absicht der Steuerhinterziehung zu unterscheiden. Die Reichsfinanzverwaltung geht in ihrem Entwurf von dem Grundsatze aus, daß alle volkswirtschaftlich gerechtfertigten Transaktionen von allen eingehenden Vorschriften verschont bleiben sollen, daß aber überall dort eingeschritten werden muß, wo die Absicht der Kapitalflucht besteht, d. h. wo der Gegenwert einer ausgeführten Ware in der Absicht, ihn der deutschen Volkswirtschaft vorzuenthalten, zum Schaden der deutschen Wirtschaft ganz oder teilweise im Ausland belassen wird. In solchen Fällen soll die zuständige Behörde dem Ausführenden die weitere Warenexporte mit der Wirkung untersagen, daß er die weitere Ausfuhr auch solcher Waren, die einem allgemeinen Ausfuhrverbot nicht unterliegen, nur mit besonderer Genehmigung vornehmen darf. Bei Zuwiderhandlungen sind Geldstrafen in Aussicht genommen deren Höhe sich nach dem Werte der Ware bemessen soll, auf die sich die Umgehung der gesetzlichen Vorschriften bezog. Dem Betroffenen soll die Beschwerde vor dem Reichswirtschaftsgericht offen stehen. Der Gesetzesentwurf soll am 1. Januar 1923 in Kraft gesetzt werden.

Neues vom Saee.

Die abgeänderte Getreidemlage.

Berlin, 1. Nov. Das Gesetz zur Abänderung des Getreideseetzes ist veröffentlicht worden. Es sieht eine Erhöhung der Preise für das erste Drittel der Umlage für Roggen auf 28 300 M., für Weizen auf 30 300 M., für Gerste auf 27 300 M., für Haber auf 25 500 M. die Tonne vor, also rund eine Sechsfachung des bisherigen Preises. Des weiteren sind in dem Gesetz die Ablieferungstermine für das 2. und 3. Drittel der Umlage dahin geändert worden, daß bis zum 31. Dezember 1922, bis zum 31. Januar, 28. Februar, 15. April 1923 je ein weiteres Sechstel der Umlage zu liefern ist, und daß für jedes dieser Sechstel der Preis nach dem Gesetz vom 4. Juli 1922 für die beiden letzten Drittel der Umlage angeordneten Verfahren festgesetzt wird. Endlich ist die in dem Gesetz vom 4. Juli 1922 vorgesehene Möglichkeit zur Ablieferung der Ablieferungspflicht von Originalsaatgut durch einen Geldbetrag ausgedehnt worden auch auf anerkanntes Saatgut für die Frühjahrsbefestellung.

Die Staatsarbeiterlöhne.

Berlin, 1. Nov. Die Verhandlungen der Spitzenorganisationen mit dem Reichsfinanzministerium sind zum Abschluß gelangt. Es wurden folgende Sätze vereinbart: Für die Lohnklasse I 123 M. Stundenlohn, für die Lohnklasse II 120, III 117, VI 114, V 112, VI 110,50, VII 109 M. pro Stunde. Die Kinderzulage wurde auf 8 M., die Frauenzulage auf 5 M. pro Stunde erhöht. Der Unterschied von Ortsklasse zu Ortsklasse beträgt jetzt 2,50 M.

Um die Nachfolgerschaft Verchenfelds.

München, 1. Nov. Staatsrat Dr. Meyer, der bisher als scheinbarer Nachfolger des Ministerpräsidenten Grafen Verchenfeld genannt wurde, hat ersucht, von seiner Person für eine allseitige Wahl zum Ministerpräsidenten abzusehen. Die Entscheidung über die Nachfolgerschaft des Grafen Verchenfeld ist in dieser Woche kaum zu erwarten, und von einer Einberufung des Landtags in dieser Woche ist bereits abgesehen worden. Es besteht größte Wahrscheinlichkeit, daß ein

Rheinlandsdöchter.

Roman von Clara Viebig.

(65) (Nachdruck verboten.)

Neunzehntes Kapitel.

Zagebuchblätter von Agnes von Osten geborene Röder.

„Rein, so habe ich mir's nicht gedacht! Lieber Gott, was macht man sich für Illusionen über das Verheiratetsein, wenn man noch so dumm und unerfahren ist, wie ich vor sechs Jahren! Ich bin jetzt erst fünfundsiebenzig und komme mir schon uralte vor. Sie sagen alle, ich wäre sehr zu beneiden — ja gewiß!“

„Dah ich oft weine, kommt sicherlich nur, weil ich so weit von Papa und Mama fort bin. Ich habe Heimweh nach dem Rhein, nach Koblenz, wo mich alle Leute kennen, wo ich als Kind so glücklich war. Hier in Berlin rennen sie alle, und jeder hat soviel mit sich zu tun; ich bin so fremd. Carlo sagt, wenn man bald drei Jahre an einem Ort ist, müßte man sich eingelebt haben, ich dürfte nicht so schüchtern sein — bin ich denn schüchtern? — die Damen vom Regiment wären alle nicht so.“

Er hat recht, ich bin keine Frau, mit der er glänzen kann, ich verberge in gar nichts zwischen den andern.

Da — jetzt ist eine Träne auf's Papier gefallen! — Nur meine süße kleine Felicitas, wie hübsch und lustig sie ist — ich höre draußen ihre Füßchen trippeln. Mein einzig geliebtes Kind!“

Spät am Abend.

„Carlo ist zum Ball bei Arnheims in der Rauchstraße. Es ist immer sehr prachtvoll da, Anselma wird glänzend aussehen; Arnheim läßt ihr jede Toilette von Paris kommen, er ist schrecklich verliebt in sie.“

„Ich möchte auch gern geliebt sein, aber nicht so, das ist nicht das Rechte; man muß nicht blind dabei sein.“

„Ich bin froh, daß ich nicht mit mußte. Da hab ich doch auch was Gutes von meinem Schnupfen, von dem Carlo sagt, er stände mir schlecht, ich hätte eine rote Nase. Freilich, der Spiegel sagt mir's auch, ich habe sehr verloren, seit ich verheiratet bin. Wie geht das zu? Ich habe doch alles, was mein Herz begehrt — ach nein, ach nein, ich will nicht äugen!“

führender Parlamentarier von der Bayerischen Volkspartei für die Ministerpräsidentenschaft vorgeschlagen wird.

Abschluß der italienischen Fasziisten-Bewegung.

Rom, 1. Nov. Als Abschluß der Fasziisten-Bewegung fand in Rom ein feierlicher Umzug der Fasziisten statt, der vier Stunden dauerte. Die Fasziisten zogen in voller Ausrüstung am Quirinal vorbei, wo der König mit General Diaz auf dem Balkon erschienen war. Die Zahl der Fasziisten wird auf etwa 60-70 000 angegeben. Nach Beendigung des Umzugs begab sich eine Reihe von Fasziisten zum Bahnhof, wo Sonderzüge zum Abtransport in die Heimat bereit standen. Leider verlief der Tag sowohl in Rom wie anderwärts nicht ohne Zwischenfälle. Die Fasziisten und Nationalisten besetzten in Rom den Sitz der sozialistischen Parteileitung und die Arbeitskammer. Sie verwüsteten die Wohnung des kommunistischen Abgeordneten Bombacci und drangen in Nittis Wohnung ein. Die Verhaftung Nittis befähigt sich nicht. Ferner wurde der Direktor der „Tribuna“ auf der Straße verprügelt. In Mailand kam es in den Außenquartieren zu verschiedenen Zusammenstößen, wobei einige Personen verwundet wurden. Die Fasziisten besetzten zwei Versammlungslokale und entwendeten die dort vorhandene Munition. Beim Verlassen des „Avanti“ trugen sie die gesamte Redaktionsbibliothek auf die Straße und zündeten sie an. Weitere Zwischenfälle ereigneten sich in Novara, Padua, Vercella und Turin. Mussolini hat strenge Order erlassen, daß sich die Demobilisation in aller Ruhe und Disziplin vollziehen müsse. Er macht die Fasziistenführer für etwaige neue Vorkommnisse verantwortlich.

Mussolini erklärt gegenüber dem Korrespondenten der „Stampa“, daß sich die fasziistische Bewegung niemals gegen die Arbeiterschaft richten würde. Die Arbeiter würden unter dem jetzigen Regime mehr Achtung und mehr Schutz genießen als bisher. Allerdings trete er für ein gewerkschaftliches System ein, das die Auswahl der Tüchtigen im Auge habe.

Die Fasziistenbewegung.

Mailand, 1. Nov. Nach den neuesten Meldungen scheint ein Teil der Fasziisten nicht eher die Waffen aus der Hand legen zu wollen, ehe er nicht noch an den Sozialisten und Kommunisten seinen Siegestaumel ausgelassen hat. Die sozialistischen Arbeitskammern und Parteileitungen waren in Rom und Mailand sowie in einer ganzen Reihe kleinerer Städte des südlichen Italiens das Ziel der fasziistischen Angriffe und Verwüstungen. Auch die Arbeiterviertel in Rom hatten abermals Ausschreitungen zu verzeichnen. Ferner wurden verschiedene sozialistische Abgeordnete verhaftet, einige kommunistische sogar verhaftet. Mussolini hat nun bestimmt, daß diejenigen Fasziisten, welche die ihnen zur Verfügung gestellten Extrazüge zur Heimreise nicht benutzten, gefangen genommen und in Gewahrsam in ihre Heimat zurückgebracht werden. Der Oberkommandierende der Fasziisten in Mailand hat angeordnet, daß kein Fasziist sich in seiner Ausrüstung mehr auf der Straße bilden lassen darf.

Die Finanzsachverständigen-Konferenz.

Berlin, 1. Nov. Die von der Reichsregierung eingeladenen Finanzsachverständigen der feindlichen und neutralen Länder befinden sich bereits in Berlin und werden Donnerstag vormittag vom Reichskanzler empfangen werden. Es handelt sich um folgende Persönlichkeiten: 1. Franz Mittelhäuser eines der angesehensten und größten Bankhäuser Englands, 2. Professor Cassel-Stochholm, 3. Dubois, Präsident des schweizerischen Bankvereins in Basel, 4. Jenke, Universitätsprofessor in Amerika, 5. Boris Kaminka, Aufsichtsratsmitglied verschiedener französischer Banken, früherer Präsident eines großen russischen Unternehmens, 6. Professor Keynes, 7. Biffering, Präsident der Niederländischen Staatsbank. An den Be-

Silvesterabend.

„Felicitas hat die Masern, gar nicht schlimm, aber ich jede nicht fort von ihr. Jetzt schläft sie. Wie reizend sie daliegt, die Arme in dem weichen Nachtkleidchen über der Decke, die blonden Locken hängen ihr zerzaust in die Stirn. Sie sieht aus wie Carlo. Sie hat auch seinen leichten Sinn, in einer Minute freut sie sich über ein Spielzeug, und in der nächsten wirft sie es schon wieder fort; ich muß eh über sie wachen.“

Jetzt werden sie bald bei Arnheims „Profit Neujahr“ rufen und mit den Gläsern aneinanderklirren. Carlo wird ihr die Hand küssen — sie macht dann so wunderbare Augen — — —

„Ich wünschte, Papa und Mama wären hier, ich habe grenzenlose Sehnsucht.“

3. Januar.

„Carlo sagt, es sei albern von mir, ein Tagebuch zu schreiben, das sei eine dumme Nachschickerei aus der Penionszeit; ich erlebte ja auch gar nichts. — Ich erlebe doch was.“

Es ist mir eine Wohlthat, wenn ich ab und zu hier in mein Buch schreibe; einen muß man doch haben, dem man sein Herz ausschütten kann. Früher müßte ich gleich alles sagen, das habe ich mir jetzt schon abgewöhnt; viel will ich auch gar nicht ausschütten, nur ein bißchen. Felicitas ist noch so klein und die Eltern sind so weit; die kann ich auch nicht betrüben. Da ist mein Tagebuch mein Vertrauter. Ich verstecke es jetzt immer gut vor Carlo, aber der fragt auch gar nicht danach, der hat immer so viel vor.

„Ich bin wirklich kein Nachschickerei.“

Neute nachmittags läuft er Schüttelbusch mit Anselma Arnheim an der Rouscauninsel; die Musik spielt und jemand vom Hof wird auch da sein. Arnheim holt später seine Frau ab, er fährt dann in der Sautvoage am Ufer auf und nieder; sie lassen ihn immer so lange warten. Er dankt mich, er hat doch schon grane Haare.

„Ich möchte auch Schüttelbusch laufen können, es muß ein großes Vergnügen sein. Aber als Kind habe ich es nicht gelernt, Mama war immer so bang, ich könnte einbrechen — nun müßte ich am Ufer stehen, wenn ich dabei sein wollte. Carlo sagt auch, erwachsene Personen können nicht mehr Schüttelbusch laufen lernen, sie machen sich lächerlich, wenn sie hinfallen.“

Sprechungen werden die Minister und Staatssekretäre der beteiligten Ressorts, sowie eine Reihe deutscher Bankfachverständigen und Nationalökonomten teilnehmen.

Die Beratungen in Berlin.

Berlin, 1. Nov. Die ersten Verhandlungen verliefen in sachlicher Form. Barthou erklärte, daß 1. Ausgleich des Staatshaushalts, 2. die Frage der schwedischen Schulden und 3. die Stabilisierung der Mark die Hauptaufgaben seien, die jetzt behandelt werden müßten. Der Ausschuss beabsichtige nicht, die deutsche Souveränität anzutasten, hoffe aber auf loyales Zusammenarbeiten und sei auf Grund der von Deutschland eingegangenen Verpflichtungen genötigt, eingehende Fragen zu stellen. Darauf hielt Staatssekretär Schröder einen Vortrag über den Staatshaushalt für das laufende Jahr, soweit er sich bisher übersehen läßt.

Paris, 1. Nov. Nach einer Meldung des „Petit Parisien“ erklärte Barthou in Berlin nach der Rückkehr von der Sitzung im Reichsfinanzministerium, den französischen Pressevertretern gegenüber werde es erst in ein oder zwei Tagen möglich sein, etwas über den mutmaßlichen Gang der Berlin Verhandlungen zu äußern.

Berlin, 1. Nov. Die Meinungen der hier anwesenden neutralen Finanzexperten gehen dahin, daß eine Verständigungsmöglichkeit durchaus nicht ausgeschlossen sei. Sie haben dabei den Eindruck, daß es gerade dem französischen Vorsitzenden der Kommission, Barthou, durchaus darauf ankomme, ein positives Ergebnis mit nach Hause zu bringen.

Die Orientkonferenz am 13. November.

Lausanne, 1. Nov. Nach einer Meldung aus Bern steht es nunmehr fest, daß die Orientkonferenz am 13. Nov. durch Bundespräsident Haag eröffnet werden wird. Bis jetzt haben 2500 Delegierte und 300 Journalisten ihr Erscheinen auf der Konferenz zugesagt.

Aus Stadt und Land.

Montag, 2. November 1922.

ep. Für die Hinterbliebenen unserer Kriegsoffer. Das Konsistorium legt in seinem soeben erschienenen Amtsblatt den ev. Kirchen nahe, aus dem Opfer des letzten Sonntags des Kirchenjahres, an dem wohl überall der im Krieg Gefallenen und Geforderten im Gottesdienst gedacht wird, die Rationalisierung für die Hinterbliebenen der im Krieg Gefallenen zu bedenken. Diese Stiftung, die minderbegüterter Kriegervwitwen und -Waisen sich annimmt und namentlich auch in geeigneten Fällen die Erziehung und Ausbildung der letzteren unterstützt, bedarf für ihre weitere Arbeit auf neue bedeutendere Mittel.

ep. Ehrenzeichen für weibliche Dienstboten. Die Zentralkommission für Wohltätigkeit verleiht auf Weihnachten solchen weiblichen Dienstboten, die innerhalb Warentembergs in einer und derselben Familie oder auf demselben Anwesen nach zurückgelegtem 14. Lebensjahr ununterbrochen mindestens volle 10 Jahre lang treu und in Ehren gedient haben, ein Ehrenzeichen mit Ehrenurkunde; bei mindestens 25 Jahren solcher Dienstzeit wird ein silbernes, bei mindestens 50 Jahren ein vergoldetes Ehrenzeichen erteilt. Bei einer Unterbrechung der Dienstzeit ohne Verschulden des Dienstboten werden die Jahre zusammengerechnet. Bewerbungen bis zum 15. Nov. durch das Pfarramt und Schullehreramt des Wohnorts bei der Zentralkommission.

(Kagold, 1. Nov. (Gemeinderat.) Die Barackenbewohner wandten sich an die Stadtverwaltung um Zuwendung von verbilligtem Brennholz. Nach Vorgang der Vorjahre wird je 1 Qm. pro Familie zu niedrigstem Preise gewährt. Längere Erörterung erfordern die erneute Licht- und Kraft-

„Ich wünschte, ich wäre tot — — oh, meine Felicitas!“

10. Februar.

„Lange habe ich nicht geschrieben, ich habe mich gefürchtet, ich war zu betrübt.“

Wenn ich am Tag mit Felicitas spielen kann, geht's ganz gut, aber abends, wenn sie schläft — oh — und die langen Nächte!

Er sagt, ich schlafe wie ein Murmelkäferchen, mein Gott, ich tue ja nur so! Er weiß nicht, daß ich wach liege und auf ihn laure — die Uhr schlägt eins, zwei, drei, manchmal vier — und endlich kommt er dann. Er summt auf dem Korridor zwischen den Zimmern; wenn er sich ausstreckt, lacht er leise in sich hinein. Er steht gar nicht nach mir hin, er legt sich auf die andere Seite und schnarcht.

„Ich könnte manchmal vor Schmerz schreien, und ich habe ihn doch so lieb — lieb gehabt, müßte ich sagen! Aber nein, nein, das will ich nicht sagen! Ich habe ihn lieb und werde ihn lieb behalten, er ist der Vater meines Kindes. Gott im Himmel, hilf uns!“

Warum bin ich auch nicht geistreich und nicht so schön wie Anselma?! Er kann das verlangen, er ist selbst ein glänzender Kavaller, alle Damen verwöhnen ihn. Ich will mich hübsch machen, so gut ich kann, ich will geistreich sein, ich will immer mit ihm in alle Gesellschaften gehen — Felicitas ist wieder ferngesund, ich habe ja auch gar keine Entschuldigung mehr — ich will auch nicht empfindlich sein. Ob sie ihn wohl liebt? Ja, weiß nicht, ob sie überhaupt lieben kann. Sie ist so schön, vornehm, läßt — nur einmal habe ich Blide gesehen — Carlo sah ihr gegenüber — Blide —!

„Ich möchte meine Augen ausweinen und blind sein für alle Zeit.“

Aber scheiden lasse ich mich nicht. Nein, niemals! Felicitas soll ihren Vater behalten, sie soll nicht das Kind geschiedener Eltern sein, es fällt sonst ein Fleden auch auf sie; vor der Welt bleibt alles unbedeckt, und mein Kind wird nie einen Mangel empfinden. Meine Felicitas, dir zuliebe, dir zuliebe!“

Fortsetzung folgt.

Preiserhöhung, sowie der neue Milchpreis. Nach Darlegung des Elektrizitätswirtschafters über die Kohlenfrage, die Verteilung der bezogenen Strommengen u. s. w. mußte den neuen Forderungen zugestimmt werden, ebenso ergab sich die Unmöglichkeit einer Reduzierung des auf 52 M. pro Liter kalkulierte Milchpreises. Bis zur geschlecht vorgehenden Erhebung der Not von Kleinenten durch das Reich, will die Stadt diesen am schlimmsten von den gegenwärtigen Not betroffenen Gemeindegliedern durch einen Vorstoß zur Beschaffung des Winterbedarfs beistehen. Der krankheitshalber vorübergehende Gewerbedirektor Risch hat auf 1. November seinen Dienst wieder angetreten, als Hilfslehrer bleibt sein Stellvertreter Witzel weiter an der Gewerbeschule hier verortnet. Der bisherige Vorstand der Gewerbeschule, Oberreallehrer Eddamer, tritt aus gesundheitlichen u. amtlichen Rücksichten von dieser Stellung zurück. Nachdem Gewerbedirektor Risch gebeten, mit Rücksicht auf seine geschwächte Gesundheit von der Verpflichtung zur Übernahme der Leitung der Gewerbeschule in langjähriges Tätigkeit zurückzutreten, hat er sich dem zurückgelehnt. Der Vorstand Eddamer spricht die Ministerialabteilung für Fachschule in einem Brief Dank und Anerkennung für die treue und unermüdete Leitung der Gewerbeschule in langjähriges Tätigkeit an. Im Anschluß daran drückt auch der Stadtvorstand mit warmen Worten der Anerkennung den herzlichsten Dank der Stadtverwaltung für die erfolgreiche Tätigkeit des bisherigen Vorstandes Eddamer dem Gemeinderat entgegen. Der vorgeschlagenen dreifachen Erhöhung der Schulgelder aller Schulklassen muß unter Berücksichtigung der gegenwärtigen Verhältnisse zugestimmt werden. Schulinspektor Herr, der im Sommer über für einen erkrankten Schullehrer als Vertretung insbesondere beim Nachdienst verwendet wurde, wird für diese außerordentliche Inanspruchnahme eine Sonderbelohnung von 1500 M. geschuldet. In Folge des Totengraber für das Fertigmachen der Gräber erhalten eine zweieinhalbfache Erhöhung. Einem Wunsch der Frau- und Lateinschule um zeitgemäße Erhöhung der Gelder für die Rektoratskasse zur Beschaffung von Lehrmitteln wird entsprochen. Eine Reihe verschiedener kleinerer Fragen hat noch Erledigung.

Stuttgart, 1. Nov. (Vom Landtag.) Der Ausschuss des Landtags wird am 8. November zur Anhörung seiner Beratungen über den Entwurf eines Gesetzes über die Kirchen zusammengetreten. — Nach dem 12. Verzeichnis der bei dem Landtag eingegangenen Petitionen sind in der Zeit vom 27. Juli bis 17. Oktober im ganzen 93 Eingaben beim Landtag eingelaufen. — In einer Großen Anfrage sämtlicher Parteien wird gefragt: Ist das Staatsministerium in Anbetracht der großen Notlage der Kriegsveteranen bereit, bei der Reichsregierung darauf hinzuwirken, daß eine loyalere Auslegung des Reichsgesetzes Maß greift und daß vor allem die von der Reichsregierung in Aussicht gestellte Novelle zum Reichsversorgungsgesetz, die eine Reihe von in diesem Gesetz enthaltenen Härten beseitigen soll, dem Reichstag beschleunigt vorgelegt wird.

Stuttgart, 1. Nov. (Not der Schule.) Das einzige Mädchengymnasium des Landes, das Königin-Charlotten-Gymnasium in Stuttgart, ist in seinem Fortbestand ernstlich gefährdet. Der Verwaltungsrat des Vereins und die Schule, die jetzigen als Privatschule gegründet wurde, hat sich nun an das Kultusministerium und an die Stadtgemeinde Stuttgart gewandt mit der Bitte, es möge die bisher private Unterrichtsanstalt in eine öffentliche umgewandelt und die gymnasiale Ausbildung der Mädchen in einer den Zwecken des Vereins entsprechenden Weise weitergeführt werden. Das Gymnasium wird zur Zeit von 220 Schülerinnen besucht.

Ein Mordfall. Nachts 1 Uhr wurde in der Bahnhofsstraße ein 29 Jahre alter Kaufmann von einem Schwertschneidenden mit dem Seitengewehr in die linke Hüfte getroffen. Der Verletzte wurde ins Katharinen-Krankenhaus übergeführt; der Täter ist festgenommen.

Interfärthheim, 1. Nov. (Diebstahl bei Daimler.) Der große Einbruchdiebstahl in das Magazin der Daimlermotorenfabrik hier, bei dem Auto-Ingenieur im Gesamtwert von etwa 2 Millionen Mark entwendet wurden, ist aufgeklärt. Als Täter hat man die Arbeiter Karl Schmid von Amstetten, Gustav Leuze von Weßlingen und Karl Kaiser von Schopfheim, sämtliche in der Daimlerwerke in Arbeit, festgenommen. Der größte Teil der gestohlenen Waren ist wieder beigegeben.

Justenhäuser, 1. Nov. (Die Not der Presse.) In gestrigen Tage stellte der 44 Jahre bestehende, täglich erscheinende „Anzeiger“ sein Erscheinen ein.

Kornwehheim, 1. Nov. (Betriebsunfall.) Die hiesige Schufabrik mit 3000 Arbeitern kann von jetzt ab nur noch drei Tage in der Woche arbeiten, was bei der fortschreitenden Teuerung schwer erträglich wird.

Aus dem Abergäu, 1. Nov. (Brand.) In Niederröden brach in der Scheuer der Andreas Schultzei ein Brand vermutlich durch Selbstentzündung Feuer aus. Die Scheuer ist abgebrannt. Das angebaute Wohnhaus konnte von der Feuerwehr gerettet werden.

Herrenberg, 1. Nov. (Einweihung.) Am Sonntag wurde das Mutterhaus des Herrenberger Verbandes im Rang. Krankenschwestern eingeweiht. Der Erbauer, Architekt Döwald aus Stuttgart, übergab das Gebäude dem Vorsitzenden des Herrenberger Verbandes, Obermann Risch-Herrenberg, Stefan Bollmer aus Marbach und Max Frischer, der Vorstand des neuen Mutterhauses, sowie Inspektor Schöffer von der Landesvereinigung für Innere Mission hielten Ansprachen bei der Feier in der Kirche, bei der zuletzt 27 Schwestern des Verbandes das Herrenberger Schwertkreuz erhielten.

Waldorf, 1. Nov. (Denkmalsiftung.) Außer der Spende für die südliche Notstandsliste hat Graf

Wilhelm von Bentinck-Walbed der Stadtverwaltung weitere 50000 M. für das Kriegerdenkmal übergeben.

Neresheim, 1. Nov. (Not der Presse.) Die „Schwäbische Tierärzt“, eine Fachzeitschrift für Kleintierärzte, die hier bisher erschienen ist, ist gezwungen, ihr Erscheinen einzustellen.

Konstanz, 1. Nov. (Funddiebstahl.) Ein Ehepaar, das mit dem Juge von Basel-Waldshut hier ankam, ließ in der Eile des Ausreisens die Handtasche liegen, in der sich ein Geldbetrag von etwa 400000 M. befand. Obgleich das Ehepaar, das den Verlust sofort bemerkte, sogleich wieder in den Bahnhof zurückkehrte, blieb die Tasche mit dem Geld verschwunden.

Kleine Nachrichten aus aller Welt.

Die Lohnbewegung im Bankgewerbe. In der Krise im Bankgewerbe hat der Reichsarbeitsminister die beteiligten Parteien zu neuen Verhandlungen am Donnerstag unter dem Vorsitz eines Unparteiischen aufgefordert.

Gerüchte in Berlin. In einem Geschäftsbau in der Taubentstraße in Berlin stürzte ein Gerüst ein. Zwei Arbeiter wurden schwer verletzt und drei andere kamen mit leichten Verletzungen davon.

Mit glühendem Eisen verbrannt. Auf dem Martinswerk bei Königshütte in Oberschlesien stürzte eine Pfanne mit glühendem Eisen um und verbrannte 5 Arbeiter. Ein Arbeiter ist an den erlittenen Brandwunden bereits gestorben.

Opfer der Arbeit. Die Zahl der bei dem Explosionsunglück auf der Zeche „Bruchstraße“ bei Langendreer getöteten Personen hat sich auf 6 erhöht. 24 Bergleute wurden verletzt.

Festnahme eines Brillantenräubers. Bei einer Zollrevision des Nacht Schnellzuges Warschau-Paris auf dem Hauptbahnhof in Aachen wurden von Beamten des Zollgrenzkommissariats einem Ausländer Brillanten im Werte von 23 Millionen Mark abgenommen.

Besuch der griechischen Königin in Doorn. Nach einer Meldung aus Lüttich hat die Königin Sofia, die Gemahlin des Königs von Griechenland, am Dienstag ihrem Bruder, dem Kaiser Wilhelm II., in Doorn einen Besuch abgestattet.

Graf Sforza geht. Der italienische Botschafter in Paris, Graf Sforza, hat bei Mussolini seinen Abschied eingereicht.

Russische Wahlen. Bei den Wahlen der Sowjets in Petersburg sind 1284 Kommunisten gegenüber 137 Unabhängigen gewählt worden.

Buntes Allerlei.

Das Ende der Germania-Briefmarke. Mit dem 31. Oktober verloren die Germania-Briefmarken ihre Gültigkeit, die sie 30 Jahre hindurch befehlen haben. Die ersten Marken des neugegründeten Reichs waren die 1871 ausgegebenen Groschenwerte mit dem weißen, geprägten Adler in freisindem Schilde. 1880 folgten die ersten Pfennigwerte, die 1889 abgelöst wurden durch die Marken im Renaissancecharakter, von denen die 3 und 5 Pf.-Ausgaben die Wertziffer unter der Kaiserkrone zeigten, die übrigen den jetzt aber nicht mehr geprägten Reichsadler. 1892 kam dann die Germania-Briefmarke, zuerst mit der Aufschrift „Reichspost“, von 1900 ab mit „Deutsches Reich“.

Wiedern neues Geld in Sowjetrußland. Aus Helsinki wird geschrieben: Der Sowjet der Volkskommissare hat sich wiederum für die Emission von neuen Geldscheinen der „Ausgabe vom Jahre 1923“ ausgesprochen. 1 Rubel dieser neuen Geldscheine soll 1 Million Rubel der Geldscheine des Jahres 1922 entsprechen. Bekanntlich hat die Sowjetregierung bereits eine Devaluation durchgeführt, indem sie entgegen ihren Versicherungen vor einiger Zeit alles frühere Geld annullierte und anordnete, daß nur noch die Rubel der Ausgabe vom Jahre 1922 als Zahlungsmittel gelten sollen. 1 Rubel der Ausgabe vom Jahre 1922 entspricht 10000 alten Sowjetrubeln. Den Festsetzungen der Sowjetregierung, daß nach Einführung des Rubels vom Jahre 1923 die Geldscheine vom Jahre 1922 ihre Gültigkeit behalten werden, darf auf keinen Fall Glauben geschenkt werden.

Die Faszbehandlung. Das Weinbauamt Weinsberg schreibt über die Faszbehandlung: Gesunde Fässer werden nach dem Auspuzen ausgebräutet mit einer zwei-prozentigen Sodaauslösung. Hernach wird das Faß spundvoll gefüllt mit kaltem Wasser, das man zwei bis drei Tage stehen läßt. Wie behandelt man Fässer mit Essigsäureanfang? Die Essigsäure muß chemisch gebunden und dadurch entfernt werden. Dies geschieht auf kaltem oder heißem Wege mittels Soda. Auf ein Hektoliter Faßraum rechnet man 1 Liter Wasser mit 20 Gramm kristallisiertem Soda. Das Faß wälzen und stützen! Dann wird die Lösung ausgeleert und nachgespült mit einer einprozentigen Schwefelsäurelösung (10 Kubikzentimeter auf 1 Liter Wasser). Zuletzt wird das Faß solange mit reinem Wasser ausgespült, bis dieses farb- und geruchlos aus dem Faß fließt. Gute Dienste leistet auch in Verbindung mit obigem Verfahren das Dämpfen, mindestens eine halbe Stunde, daß das Faß durch und durch heiß wird und das Kondenswasser ebenfalls farb- und geruchlos ist.

Der Hallorenschatz bleibt in Deutschland. Die Halloren haben, wie aus Halle gemeldet wird, das Angebot von Amerika, den sogenannten Hallorenschatz, der aus 40-50 kunstvoll gearbeiteten silbernen und goldenen Bechern besteht, für eine Million Dollar zu verkaufen, abgelehnt und beschloßen, den Schatz unter keinen Umständen aus Deutschland entfernen zu lassen.

Das Wischmann-Denkmal in Hamburg. Am 4. November wird in Hamburg die Wiederaufstellung des Wischmann-Denkmal festlich begangen werden, das 10 Jahre in Daresalam gestanden hat. Unsere Feinde, die den Krieg nicht nur gegen die Lebenden, sondern auch gegen die toten Deutschen, die Feindern und Ehemaligen Feinden unserer Größe führen, haben geglaubt, das Denkmal entfernen zu müssen, wohl in der Hoffnung,

damit auch das dankbare Gedächtnis an den großen Afrikanerhelden und Gouverneur von Deutsch-Ostafrika aus den Herzen der Eingeborenen reißt zu bannen. Das Wischmann-Denkmal ist das Denkmal Deutsch-Ostafrikas und als solches ist es in Hamburg im Plage; es ist aber darüber hinaus das allgemeine Nationaldenkmal Deutschlands, das die Erinnerung an das Verlorene wachhalten und an das Streben nach dem Wiederwerb überseeischer Kolonialgebiete mahnen soll. In Hamburg wird es sich auf einem Sockel, der dem Daresalam nachgebildet ist, neben der Hamburger Universität erheben, zur Erinnerung daran, daß Wischmann seine afrikanische Laufbahn im Dienste der Wissenschaft begann.

ep. Arbeiterjugend und Tanzunwesen. Gegen eine Verordnung des sächsischen Ministeriums des Innern, die das immer mehr zunehmende Tanzunwesen fördert, haben die 16000 Mitglieder beiderlei Geschlechts umfassenden Arbeiterjugendvereine des Freistaates Sachsen eine Entschliebung gerichtet, in der es heißt: Diese Verordnung bedeutet eine Erschwerung der Bestrebungen weitestverbreiteter einseitiger Volkstriebe und nicht zuletzt der Besten der Jugend selbst, die die schweren gesundheitlichen und sittlichen Schädigungen unserer heranwachsenden Jugend durch das Tanzunwesen erkannt haben und durch Aufklärung bekämpfen. Wir bitten das Ministerium, diese Verordnung wieder aufzuheben und Jugendlichen beiderlei Geschlechts den Aufenthalt in Tanz- und Schanzstätten bis zum vollendeten 18. Lebensjahre überhaupt zu untersagen. Diese Entschliebung der Arbeiterjugend kann man im Bild auf die bittere Not unserer Zeit und die Zukunft unseres Volkes nur begründen.

Schützt den Wald.

Ein Mahnwort für Alle!

Der deutsche Wald ist derzeit eines der wichtigsten Naturobjekte unseres Volkes. Durch den Friedensvertrag hat das Deutsche Reich einen Gesamtverlust an Waldfläche von rund 1,5 Millionen Hektar zu verzeichnen. Vor dem Kriege wurden etwa 50 Prozent der Inlandsproduktion zur Deckung des Bedarfs aus dem Auslande bezogen. Der gewaltige Verlust an Waldfläche, die Unmöglichkeit der Holzeinfuhr infolge der schlechten Valuta und die Lieferung erheblicher Holz mengen an den Feindbund zwingen zur Hebung der Produktivität im Walde. Gewiß ist erfreulich, daß die Forstwirtschaftsbetriebe zum größeren Teil einen im Verhältnis beträchtlichen Ueberschuß erwirtschaften. Beispielsweise erwartet die preussische Staatsforstverwaltung im Jahre 1921 einen Reinertrag von 850 Millionen M., sie benötigt auch nur 33 Prozent der Einnahmen zur Deckung der Ausgaben. Bei der finanziellen Notlage des Staates spielen jedoch diese Summen eine nur untergeordnete Rolle. Sie würden sich um ein beträchtliches erhöhen, wenn alle Bewirtschaftungsflächen den Eigenheiten und Anforderungen der Waldwirtschaft mehr als bisher Rechnung trügen. Pflicht jedes Deutschen, dem es ernst ist um die Gesundung der Volkswirtschaft, muß daher sein, nach Kräften zu helfen. Wie aber kann das geschehen?

Eine große Anzahl Waldbrände werden durch Unachtsamkeit und Leichtsinns hervorgerufen. Tausende von Hektaren wertvoller Waldfläche fallen ihnen alljährlich zum Opfer. Achtlos weggeworfene Streichhölzer, Zigaretten- oder Zigarrenreste sind zum größten Teil die Ursachen der Brände. Wenn außerdem Wanderhölzer offene Feuer im Walde anzünden und dadurch Waldbrände verursachen, so ist dies straflicher Mißbrauch mit dem Nationalerbes des Volkes. Gewiß wird niemand der wandernden Jugend die Freude an den Schönheiten der Natur verkümmern wollen, verlangen kann jedoch die Allgemeinheit, daß sie ihre Maßnahmen außerhalb des Waldes bereitet! Zudem ist Rauchen und Feueranzünden während des Frühjahr und Sommers gesetzlich verboten und wird bestraft. Bei dieser Gelegenheit sei auch darauf hingewiesen, daß bei Waldbränden jeder zur Hilfeleistung gesetzlich verpflichtet ist.

Auch jeder andere Besucher oder Ruhmieser des Waldes kann zu seinem Schutze beitragen. Es sollte genügen, sich an seiner Schönheit zu erfreuen, nicht notwendig ist aber, gedankenlos Zweige oder Blätter der Bäume abzuschneiden oder abzureißen. Geschicht es trotzdem, so wird der Baum seiner wichtigsten Nahrungsquellen beraubt, denn er kann nicht leben ohne Nadeln oder Blätter. Jede Verminderung dieser zum Wachstum notwendigen Baumteile hat Verlust an Holz nachwuchs im Gefolge und viele Wenige machen auch hier ein Biel. Ferner ist überflüssig, Namen und symbolische Zeichen in die Rinde der Bäume zu schneiden und sie dadurch zu verhandeln. Die feinen Bastzellen werden zerschritten und das Aufsteigen des Saftes wird gestört.

Das Betreten der Forstkulturen, unerlaubtes Abmähen des Grases in diesen, Beschädigung ihrer Umzäunungen ist ebenfalls schädlich. Oft genug werden zarte junge Pflanzen achtlos niedergetreten, kümmeren oder sterben gänzlich ab und müssen unter großen Geldopfern mühevoll ersetzt werden. Ist die Anpflanzung schon älter, so stößt die Nachpflanzung auf Schwierigkeiten und nicht selten tritt Rückgang des Bodens ein. Der künftige Waldbestand wird lückig und die einzelnen stehenden Bäume entwickeln sich zu nutzholzarmen Sperrwäldern. Gleiches gilt für die aus Unvorsichtigkeit abgemähten oder durch Sense und Sichel verletzten Pflanzen.

Bei Gewinnung des Reifeholzes verfähre man vorsichtig. Das Abbrechen der Rinde mit Haken verursacht Beschädigungen des Stammes, die Zuwachsverluste im Gefolge haben. Wo Holz zur Selbstverwertung abgebeben wird, begnüge man sich mit den von den Forstbeamten angegebenen Stämmen. Wahloses Abhauen anderer Stämme verursacht Bestandeslücken, Schmälerung des Ertrages, Rückgang des Bodens. Des- und Schmutzreißig darf nicht an den Rändern des Waldes gewonnen werden, geschieht es dennoch, so wird der unentbehrliche Windmantel zerstört, Auslagerung des Bodens, Windwurf und Stammbruch sind die unausbleiblichen Folgen. Man bedenke auch ferner, daß alle Beschädigungen der Bäume Brutstätten sind für



